



Antrag

der Fraktion der AfD

Expertenanhörung zum Thema "Mobbing und Gewalt an Schulen"

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die mediale Berichterstattung über verbale und körperliche Gewalt an Schulen im Herbst letzten Jahres lediglich die Spitze des tatsächlichen Ausmaßes von Gewalt an Schulen darstellt. Bestehende schulische und außerschulische Interventions-, Präventions- und Ordnungsmaßnahmen haben die gewünschte Wirkung nur teilweise erzielt oder wurden nicht voll ausgeschöpft, sodass Mobbing und Gewalt sich in einem nicht mehr tolerierbarem Maße Bahn brechen konnten. Für alle Beteiligten bedeutet diese Entwicklung eine enorme Belastung und gefährdet die Schule als sicheren und geschützten Raum.

Der Landtag stellt fest, dass Lehrkräfte und Schüler in dieser Situation nicht allein gelassen werden dürfen, sondern verbindlich unterstützt werden müssen. Um hierfür eine Grundlage zu legen und der Komplexität des Themas gerecht zu werden, wird der Bildungsausschuss federführend eine Anhörung zu „Mobbing und Gewalt an Schulen“ durchführen.

Im Rahmen der Anhörung sollen folgende relevante Themenschwerpunkte erörtert werden:

- 1) Ursachen, Ausmaß und Entwicklung von Mobbing und Gewalt an Schulen
- 2) Einführung eines Evaluationsprozesses bestehender schulischer und außerschulischer Präventions-, Interventions- und Ordnungsmaßnahmen

- 3) Verbesserungsmöglichkeiten bestehender Präventions-, Interventions- und Ordnungsmaßnahmen sowie der Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren (z.B. Schulsozialarbeit, Schulische Erziehungshilfe, Jugendamt)
- 4) Vorbereitung angehender Lehrkräften während des Studiums und im Referendariat zum Thema „Mobbing und Gewalt an Schulen“

Begründung:

Mit der neuen Datenbank Gewaltmonitoring an Schulen (GEMON) wurden im zurückliegenden Schuljahr nur Fälle aufgenommen, welche eine Maßnahme nach dem Schulgesetz (§ 25 Abs. 3, Punkt 2-5, Ausschluss von Schul- oder Unterrichtsveranstaltungen, Überweisung in eine Parallelklasse oder Überweisung in eine andere Schule oder Abs. 7, dringender Ausschluss durch die Schulleitung) zur Folge hatten.

Die Mehrzahl der Konflikte findet unterhalb der Grenze schulrechtlicher Maßnahmen statt. Beschimpfungen, Drohungen und Erpressungen durch Mitschüler haben besonders an weiterführenden Schulen Einzug gehalten. Zunehmend werden auch Lehrkräfte Opfer verbaler und körperlicher Gewalt (Quelle: GEMON). Immer mehr Lehrkräfte stoßen an Grenzen, wenn sie mit Gewalt im Schulalltag konfrontiert werden.

Die Expertenanhörung soll klären, wie groß das Ausmaß der Gewalt an den Schulen Schleswig-Holsteins ist und inwieweit Lehrkräfte und pädagogisches Personal im Umgang mit Gewalt fortgebildet worden sind. Die Experten sollen zudem darlegen, welche schulischen und außerschulischen Präventionsmaßnahmen, Interventionsmaßnahmen und schulrechtlichen Konsequenzen benötigt werden, um adäquat auf körperliche und verbale Gewalt reagieren zu können.

Dr. Frank Brodehl und Fraktion